

Offener Brief an die Stadtverordneten in Wiesbaden

Freitag, den 18. September 2015 um 12:46 Uhr - Aktualisiert Freitag, den 18. September 2015 um 17:48 Uhr



Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden

☎ 0611 | 308 56 64
☎ 0611 | 308 69 08

✉ paritat.wiesbaden@paritaet-wessex.org

Unser Zeichen: N-km-ak

Wiesbaden, den 18.09.2015

100 WIESBADEN 911110
www.paritaet-wessex.org

An die Stadtverordneten
Rathaus Wiesbaden
Schlossplatz 6
65183 Wiesbaden

Offener Brief an alle Stadtverordneten

Sehr geehrte Frau Stadtverordnete,
sehr geehrter Herr Stadtverordneter,

fassungslos nehmen die paritätischen Träger die geplanten Kürzungen im Sozialetat der Stadt Wiesbaden zur Kenntnis. Sollten diese geplanten Streichungen umgesetzt werden, würde dies eine ernsthafte Gefahr für den sozialen Frieden in dieser Stadt bedeuten.

Nach Informationen an die hiesige LIGA sollen mehr als 11 Millionen Euro im Sozialetat der Stadt eingespart werden. Erste Gerüchte deuten darauf hin, dass die Kürzungen sogar noch höher ausfallen sollen. Sie betreffen alle Bereiche der sozialen Arbeit: Seniorenarbeit, Jugendarbeit, Kindertagesstätten, Erziehungsberatungsstellen, Schulsozialarbeit, geförderte Ausbildungsplätze, Familienbildungsstätten und Ferienprogramme.

In der Schulsozialarbeit und den Erziehungsberatungsstellen sollen Stellen wegfallen, ebenso bei den Hauslichen Hilfen. Die Monatskarten für die SGB II – Empfänger sollen entfallen, der kostenfreie Kita-Halbtagsplatz und die Geschwisterreduzierung für Kita-Kinder ebenso.

Viele der freien Träger sind jahrzehntelang Kooperations- und Vertragspartner der Landeshauptstadt. Sie erledigen Auftragsarbeiten und vergüten ihr Personal in der Regel in Anlehnung an den öffentlichen Tarif, dessen Steigerungen sollen ebenfalls gestrichen werden. Daraus folgen unabdingbar arbeitsrechtliche Komplikationen für die betroffenen Organisationen und Vereine. Nebenbei alle Verträge der freien Träger mit der Stadt stehen auf dem Prüfstand, sollen offensichtlich gekündigt werden.

Es kann nicht angehen, dass stillschweigend die soziale Landschaft zerstört wird. Jeder weiß, dass die kurzfristigen Einsparnisse höhere Folgekosten verursachen werden. Und das besonders in einer Zeit, in der die Angebote der freien Träger dringend benötigt werden, um gemeinsam die Erfordernisse aus dem erhöhten Zuzug von Flüchtlingen zu bewältigen. Dass die Landeshauptstadt in einer solchen Situation die langjährige Kooperation mit den Trägern und den Verbänden in dieser Art aufkündigt, ist unvorstellbar.

- 2 -

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Wiesbaden appelliert für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und für seine Mitgliedsorganisationen (u. a. Nachbarschaftsbüros, LAG, Kinderschutzbund Wiesbaden, CASA e. V., AG Scheinweggraben, Pro Familia und viele mehr) an Sie als politisch Verantwortliche, sich gegen diese Haushaltskürzungen auszusprechen!

Mit freundlichen Grüßen

Heike Lange
Regionalgeschäftsführerin
Wiesbaden / Rheingau-Taunus-Kreis